

ÄNDERUNGSANTRAG Stadtrat Tom Høyem (FDP) FDP-Gemeinderatsfraktion vom 17.09.2012	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	38. Plenarsitzung Gemeinderat 18.09.2012 1197 10 öffentlich
Hunde in Karlsruhe: Änderung der Hundesteuersatzung		

Die Stadtverwaltung gewährt Bürgerinnen und Bürgern, die nachweislich einen Hund aus einem Karlsruher Tierheim oder Tierschutzeinrichtungen aufnehmen, eine ermäßigte Hundesteuer von 50 %. Diese Reduktion gilt für die Lebenszeit des Hundes.

Sachverhalt/Begründung:

Die Tierheime und Tierschutzeinrichtungen leisten oft unter sehr schweren Umständen eine sehr wichtige Gemeinschaftsaufgabe.

In steigender Anzahl werden Hunde aus dem Ausland illegal und billig an Rastplätzen oder aus dem Kofferraum etc. verkauft. Hunde, die durch die Aufzucht völlig unsozialisiert und verhaltensauffällig sind und oft mit Krankheiten behaftet sind.

Straßenhunde aus dem Ausland aus Mitleid mitzunehmen, ist ebenso keine gute Idee. Viel besser wäre es, dieses Problem in den entsprechenden Ländern durch Kastration der Hunde zu lösen.

Die potentiellen Hundebesitzer von Tierheimhunden und Hunden aus Tierschutzeinrichtungen durch eine 50%ige Reduktion der Hundesteuer zu unterstützen, hätte sowohl einen symbolischen als auch einen realen Wert.

1996 und 2002 wurde dieses Thema im Gemeinderat diskutiert. Jetzt haben wir 2012 und eine ganz neue Realität mit neuen Mitgliedstaaten in der EU: illegal importierte Hunde stellen ein steigendes Problem dar.

Die Verwaltungsargumente gegen so eine Hundesteuerregelung sind veraltet. Eine neue Hundesteuer bringt nicht mehr Hunde, reduziert aber hoffentlich die illegalen und nicht angemeldeten Hunde. Wir wünschen, dass alle Tierschutzeinrichtungen als Instrument gegen illegalen Hundeimport eingebunden werden. Dass Missbrauchsmöglichkeiten existieren, ist ein generelles Problem, aber es wäre eine Beleidigung Tierheimen und Tierschutzeinrichtungen gegenüber zu denken, dass Regeln dort nicht korrekt eingehalten würden.

Diese Hundesteueränderung einzuführen, wäre auch sehr einfach zu verwalten.

unterzeichnet von:

Tom Høyem

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

17. September 2012